

# Seminar im Europarecht

## Themen: Aktuelle Rechtsfragen des institutionellen und materiellen Unionsrechts

Das Seminar beinhaltet neben einer Einführungsveranstaltung und zwei Seminarnachmittagen in Freiburg eine dreitägige Reise nach Brüssel, wo mehrere Institutionen u.a. der Europäischen Union besucht werden (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Rat der EU, Schweizer Mission, etc.).

## Teilnahmevoraussetzungen

- Das Seminar richtet sich an Studierende im Master- oder Bachelorstudium, die sich besonders für das Recht der Europäischen Integration interessieren
- Besuch der Einführungsveranstaltung am **12. Mai 2025 um 18:15 Uhr** (Themenvergabe; siehe Themenliste im Anhang)
- 15-minütiger Vortrag zum jeweiligen Seminarthema an einem Seminarnachmittag in Freiburg (31.10. resp. 07.11.2025, 13:00-18:00 Uhr). Die Teilnahme an beiden Terminen ist obligatorisch und Voraussetzung für die Anerkennung.
- Teilnahme an der dreitägigen Studienreise nach Brüssel vom 19.-21. November 2025
- Verfassen einer (Pro)Seminararbeit bis zum Montag, den 2. März 2026 (fakultativ, siehe unten)
- Zwingend: Gutes Passivverständnis der französischen, deutschen und englischen Sprache
- Anmeldung mittels Formulars (https://www3.unifr.ch/ius/epiney/de/lehre/seminare/) sowie mit Notenblättern, Sprachnachweisen und einem Motivationsschreiben bis **30. April 2025** an maximilian.boddin@unifr.ch (min. 10 und max. 15 Teilnehmende)
- Kosten: CHF 150.- (2 Übernachtungen inkl. Frühstück). Nicht inbegriffen ist die An- und Abreise nach Brüssel. Diese ist von den Studierenden individuell zu organisieren und zu finanzieren. Die Versicherung ist ebenfalls Sache der Studierenden.

### Validierung

- Seminararbeit Master (5 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR II, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags, Verfassen einer schriftlichen Arbeit im Umfang einer Proseminararbeit (36'000-60'000 Zeichen)
- 2. <u>Spezialkredite Master</u> (5 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR I, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags, Verfassen einer schriftlichen Arbeit im Umfang einer Proseminararbeit (36'000-60'000 Zeichen)
- 3. <u>Spezialkredite Master</u> (2 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR I, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags
- 4. <u>Proseminararbeit Bachelor</u> (3 ECTS) <u>und Spezialkredite Master</u> (2 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR I, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags, Verfassen einer schriftlichen Arbeit im Umfang einer Proseminararbeit (36'000-60'000 Zeichen)

## **Themenliste**

#### Institutionelles Recht der EU:

- 1. Rechtsetzung durch Verweisung auf privat erarbeitete technische Normen und Anspruch auf Dokumentenzugang (EuGH, Rs. C-588/21 P, *Public.Resource.Org und Right to Know/ Kommission u.a.*)
- 2. Die ausservertragliche Haftung der EU im Bereich der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik: Anspruch auf Schadenersatz und gerichtliche Geltendmachung (EuGH, Rs. C-29/22 P, KS und KD/ Rat u. a.) (Rechtsstaatlichkeitsmission Eulex im Kosovo)
- Klagen von Umwelt-NGOs: Der Begriff des Verwaltungsakts nach Art. 10 Aarhus-Verordnung (VO 1367/2006) unter Berücksichtigung der Aarhus-Änderungsverordnung (VO 2021/1767) und der aktuellen Rechtsprechung (insbesondere EuGH, verb. Rs. C-212/21 P und C-223/21 P, EIB/ ClientEarth)

#### Verhältnis EU-Völkerrecht mit Schwerpunkt internationale Streitbeilegung:

- 4. Die Vereinbarkeit von Intra-EU-Investor-Staat-Schiedsverfahren mit dem EU-Primärrecht Eine Analyse anhand der Rechtsprechung des EuGH, Rs. C-284/16, *Achmea*; Rs. C-741/19, *République de Moldavie* und Rs. C-109/20, *PL Holdings*)
- 5. Internationale Streitbeilegung in Freihandelsabkommen der EU: Entwicklung und Bewertung (TTIP; CETA; Mercosur-EU, sowie EuGH, Gutachten 1/17, *Accord ECG UE-Canada*)
- 6. Kollision von internationalem Investitionsschutz mit Unionsrecht: Vollstreckung von Schiedssprüchen als unzulässige staatliche Beihilfe (EuGH, Rs. C-638/19 P, Kommission/ European Food u.a.; EuG, verb. Rs. T-624/15 RENV, T-694/15 RENV und T-704/15 RENV, European Food u. a./ Kommission)
- 7. EU-Recht, irreführende Herkunftsangaben und Gebiete mit völkerrechtlich umstrittenem Status Zugleich eine Analyse der jüngeren Rechtsprechung des EuGH in Rs. C-399/22, Confédération paysanne (Melons et tomates du Sahara occidental) und Rs. C-363/18, Organisation juive européenne und Vignoble Psagot (von Israel besetzte Gebiete)
- 8. EU-Recht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker Eine Analyse am Beispiel des Selbstbestimmungsrechts des Volks von Westsahara und der Klagebefugnis des Front Polisario (EuGH, Rs. C-778/21 P, *Kommission/ Front Polisario*) (EuGH, Rs. C-778/21 P, *Kommission/ Front Polisario*)

#### Binnenmarktrecht:

- 9. Gleichbehandlung von Strom aus erneuerbaren Quellen aus dem In- und Ausland im Binnenmarkt der EU (insbesondere EuGH. Rs. C-558/22. *Fallimento Esperia und GSE*)
- 10. Das System geschützter Ursprungsbezeichnungen in der EU und im Verhältnis zur Schweiz (z.B. EuG, Rs. T-361/21, *Papouis Dairies u. a./ Kommission* (Halloumi); EuG, Rs. T-212/02, *Commune de Champagne u.a/ Kommission*)
- Golden Passports und die Vorgaben des Unionsrechts für den Erwerb der Staatsangehörigkeit Zugleich eine Analyse von EuGH, Rs. C-181/23, Kommission/ Malta (Citoyenneté par investissement)
- 12. Das Regelsystem der FIFA und die Arbeitnehmerfreizügigkeit von Profifussballer:innen (insbesondere EuGH, Rs. C-650/22, *FIFA*)
- 13. Freizügigkeit von Unionsbürger:innen und Anerkennung der in einem anderen Mitgliedstaat vorgenommenen Änderung des Geschlechtseintrags und des Vornamens (insbesondere EuGH, Rs. C 4/23, *Mirin*)

#### Bilaterale und andere Abkommen der EU mit Drittstaaten:

14. Ist das neue Abkommenspaket Schweiz-EU («Bilaterale III») dem fakultativen oder obligatorischen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen?

- 15. Das System der Diplomanerkennung nach dem FZA und seine Anwendung in der Praxis (insbesondere BGer 2C 422/2022 vom 16. Januar 2024 und BVGer B-1977/2022 vom 10. September 2024)
- 16. Der Streitschlichtungsmechanismus und die Regelung der dynamischen Rechtsübernahme im geplanten Assoziierungsabkommen der EU mit Andorra und San Marino Rechtliche Analyse und Vergleich mit dem Entwurf des Institutionellen Abkommens Schweiz-EU («InstA»)